NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	11. Januar 2024		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel Ratssaal		
Sitzungsbeginn:	18:15 Uhr	Sitzungsende:	20:10 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Herr Pfitzenreiter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er weist darauf hin, dass eine Verletzung von Form und Frist der Ladung als geheilt gilt, wenn ein Mangel nicht spätestens jetzt geltend gemacht wird. Hierzu gibt es keine Einwendungen. Weiterhin wünscht er allen Stadträten für das neue Jahr alles Gute und Gesundheit sowie Kraft und Energie für Entscheidungen im Sinne der Stadt Freital.

Herr Gliemann informiert, dass Herr Mahoche einstimmig in die Fraktion Freitals Konservative Mitte aufgenommen wurde.

Herr Weinholtz stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 11 (Vorlage B 2023/062 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2024) im öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Weichlein führt aus, kurzfristige Änderungen zur Tagesordnung sind meist problematisch, aber da es sich in diesem Fall um keinen Tagesordnungspunkt handelt, in dem ein Beschluss gefasst wird, wäre eine Verschiebung in den öffentlichen Teil möglich, wenn die Mehrheit des Stadtrates dem zustimmt.

Herr Pfitzenreiter fragt nach Meinungen der Fraktionen, da es diese nicht gibt, folgt die Abstimmung zum Antrag, den Tagesordnungspunkt 11 (Vorlage B 2023/062 – Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2024) im öffentlichen Teil zu behandeln.

Die Mehrheit der Stadträte spricht sich gegen eine öffentliche Behandlung des Tagesordnungspunktes aus. Damit ist der Antrag abgelehnt und die Tagesordnung bleibt unverändert, welche nunmehr von den Stadträten angenommen ist.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	11. Januar 2024

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 2. November 2023
3. Beschlusskontrolle
4. Informationen aus der Stadtverwaltung
5. Vorstellung der Arbeit der Kommunalen Integrationskoordinatorinnen
Gäste: Frau Bormann, Frau Jurk
6. Vorstellung des Quartiersmanagers Potschappel und seiner Arbeit für das Fördergebiet „Freital - Urbanität am Fluss“
Gast: Herr Kießling

7. (Vorlagen-Nr.: B 2023/072)
Bestellung Wirtschaftsprüfer für die Prüfung Jahresabschluss 2023 - Abwasserbetrieb
8. (Vorlagen-Nr.: B 2023/073)
Wahl der Mitglieder des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen am
9. Juni 2024
9. Anfragen der Stadträte

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Pfitzenreiter stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 2. November 2023

Gegen die genannte Niederschrift liegen keine Einwendungen vor.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlusskontrolle

Den Stadträten ist mit Schreiben vom 11. Januar 2024 die Beschlusskontrolle für das Jahr 2023 (Beschluss-Nr.: 64/2023 – 086/2023) zugegangen. Für Rückfragen steht das Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten zur Verfügung.

Tagesordnungspunkt 4

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Pfitzenreiter lädt für den 27. Januar 2024 10 Uhr zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus ans Mahnmal Platz des Friedens ein. Weiterhin informiert er, dass es zur Arthur-Lohse-Brücke im Rabenauer Grund, die den Talweg mit dem Sagenweg verbunden hatte, eine Petition gibt. Der Petent, Herr Harder möchte diese gern selbst vorstellen, weshalb Herr Pfitzenreiter ihm Rederecht einräumen möchte. Da sich kein Stadtrat dagegen ausspricht, bekommt Herr Harder Rederecht.

Herr Harder stellt sich kurz vor und erläutert, er arbeitet eng mit den Wanderwegewartenden zusammen, die sich gemeinsam überlegt haben, wie der Wiederaufbau oder eine Alternative zur Arthur-Lohse-Brücke beschleunigt werden kann, so dass nunmehr eine Petition an den Landtag eingereicht werden soll. Er führt aus, dass Ende September 2023 die Brücke durch den Staatsbetrieb Sachsenforst abgerissen wurde und nunmehr der Sagenweg aus Richtung Freital nicht mehr erreichbar sowie aus Richtung Rabenau zur Sackgasse geworden ist. Somit ist der Wanderweg deutlich unattraktiver geworden. Herr Harder verliest die Petition. Es werden an verschiedenen Punkten Unterschriftenlisten ausliegen und er möchte um Unterstützung für die Petition werben. Sollte es jemanden geben, der selbst eine Unterschriftenliste auslegen möchte, kann er sich an Herrn Harder wenden. Nach ca. vier Wochen Auslegung der Unterschriftenlisten wird ein Antrag für eine Übergabe am Sächsischen Landtag gestellt und sollte jemand Interesse haben, sich der Übergabe anzuschließen, ist dies möglich.

Frau Dr. Darmstadt betritt während der Ausführungen von Herrn Harder den Saal. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Weitere Informationen aus der Stadtverwaltung gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt

Vorstellung der Arbeit der Kommunalen Integrationskoordinatorinnen

Gäste: Frau Bormann, Frau Jurk

Herr Pfitzenreiter begrüßt Frau Bormann und Frau Jurk und bittet sie um ihre Ausführungen.

Frau Bormann geht auf ihre Arbeit als kommunale Integrationskoordinatorin sowie folgende Themen näher ein:

- Unterstützung kommunaler Verantwortungsträger in Sachen Integration und Migration,
- Netzwerk Integration in der Stadt Freital,
- Schaffung von neuen Strukturen entsprechend der Bedarfe,
- Ansprechpartner für Institutionen, Vereine, Migranten und Bürger,
- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes,
- Teilnahme an bestehenden Netzwerken,
- Unterbringungen,
- Integrationshilfen z. B. Migrationsberatungsdienste der Caritas, Jugendmigrationsdienst und die Flüchtlingssozialarbeit,
- Arbeitsmarktmentor,
- verschiedene Hilfen in und durch Vereine,
- ehrenamtliche Hilfe,
- verschiedene Angebote um Kontakte zu knüpfen,
- EU-Bürger und
- fehlendes Ehrenamt beispielsweise beim Erlernen von Deutsch oder der Hilfe bei Hausaufgaben.

Weiterhin bemerkt Frau Bormann, aktuell leben ca. 2.600 Ausländer in Freital, wovon 165 im Kontext Flucht und Asyl sind, 590 ukrainische Staatsbürger und der Rest größtenteils EU-Bürger, die in Freital arbeiten und leben. Für Asylbewerber, die vormittags einen Deutschkurs besuchen, fehlt die niederschwellige Arbeitsmarktintegration, wo sie sich dann am Nachmittag ehrenamtlich engagieren können. Sollte es von Seiten der Stadtverwaltung dafür Ansprechpartner geben, können diese gern auf sie zukommen, um in dieser Richtung etwas voran zu treiben.

Frau Jurk geht auf ihre Aufgaben als Integrationskoordinatorin bezüglich der ukrainischen Geflüchteten und somit auf folgende Themen bzw. Probleme näher ein:

- Hilfen durch Dritte z. B. die Kleiderkammer, durch das Sammeln von Sachspenden,
- Hilfen und Begleitung beim Ausfüllen von Anträgen,
- monatliches Infocafé mit verschiedenen Themen nach Bedarf,
- das Fehlen von Integrationskursen, so dass ca. 50 % der Geflüchteten noch keiner Arbeit nachgehen können,
- ehrenamtlich durchgeführte Sprachkurse,
- das Fehlen von Schulplätzen sowie Lehrern für die DaZ-Klassen,
- enger Kontakt zum Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB),
- Gesundheitswesen und Krankenversicherung,
- Arbeitsmarkt,
- Zusammenarbeit mit der Caritas und
- Veranstaltungen für Integration der Geflüchteten.

Weiterhin nennt Frau Jurk die drei Themen, wo es die meisten Schwierigkeiten gibt:

- das Fehlen von Wohnungen,
- das Fehlen von Schulplätzen und
- die fehlende medizinische Versorgung.

Herr Pfitzenreiter bedankt sich bei Frau Bormann und Frau Jurk für ihre geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Herr Weinholtz geht auf die Aussage von Frau Bormann ein, EU-Bürger wüssten gar nicht, dass es sie als Ansprechpartnerin gibt. Könnte im Einwohnermeldeamt, wo sich die EU-Bürger anmelden müssen, in Form von Hinweiszettel auf Frau Bormann aufmerksam gemacht werden?

Frau Bormann erwidert, sie hat im Bürgerbüro bereits mehrfach vorgesprochen und ihre Visitenkarte dagelassen, um sie weiterzugeben. Bisher sind trotzdem wenige Menschen bei ihr angekommen.

Herr Weinholtz schlägt vor einen gemeinsamen Flyer mit Frau Bormann zu erstellen, welcher dann unter anderem im Bürgerbüro ausgelegt werden kann.

Frau Bormann nimmt das Angebot gern an.

Herr Mahoche bedankt sich ebenfalls bei Frau Bormann und Frau Jurk für ihre Arbeit und bemerkt, dass auch der SC Freital viele Ukrainer aufgenommen hat. Weiterhin möchte er aber wissen, da er auch bereits von vielen Bürgern angesprochen wurde, warum trotz dessen, dass Männer in der Ukraine bleiben und dem Land dienen müssen, so viele Männer mittlerweile in Freital angekommen sind.

Frau Bormann ist bekannt, Männer, die mehr als drei Kinder haben, Männer ab 60 Jahre, da sie ab dem Alter in der Ukraine zum Rentenalter zählen, sowie Versehrte vom Wehrdienst befreit sind.

Herr Pfitzenreiter fügt hinzu, laut Auskunft des Einwohnermeldeamtes ist ein hoher Anteil von Frauen in Freital.

Herr Mahoche bittet, dass aufgeschlüsselt wird, wie viele Männer in welchem Alter in Freital untergekommen sind.

Herr Pfitzenreiter wird dem nachgehen.

Frau Dr. Darmstadt bedankt sich wie ihre Vorredner für die geleistete Arbeit der beiden. Erschrocken ist sie über die Aussage, nicht alle Kinder können beschult werden, da nicht ausreichend Schulplätze zur Verfügung stehen. Wie viele Kinder betrifft es, die keinen Schulplatz haben? Weiterhin ist es auch für diejenigen schwierig in Arbeit zukommen, die die deutsche Sprache noch nicht erlernt haben. Gibt es noch andere Gründe, die abgebaut werden müssten, damit Geflüchtete in Arbeit kommen? Frau Dr. Darmstadt bemerkt zur Thematik medizinische Versorgung, auch für die einheimische Bevölkerung wird es immer schwerer entsprechende Termine etc. zu bekommen. In dem Zusammenhang möchte sie wissen, wie die Zusammenarbeit mit dem Psychosozialen Zentrum Dresden, speziell der BOOT gGmbH, ist.

Frau Bormann erwidert, die BOOT gGmbH ist seit dem Ukrainekrieg völlig überlaufen.

Frau Jurk bemerkt zur Thematik der fehlenden Schulplätze, ihr sind mehr als zehn Kinder bekannt, die keinen Schulplatz bisher erhalten haben. Aber laut Auskunft vom LaSuB warten die Kinder, die bereits im August 2023 gemeldet wurden noch immer auf einen Schulplatz. Vorwiegend betrifft es Kinder für die weiterführenden Schulen.

Herr Pfitzenreiter ergänzt, auch die Verwaltung steht mit dem LaSuB in Kontakt und versucht Lösungen für die fehlenden Schulplätze zu finden, wo dann auch schnell gehandelt werden muss. Gerade im Grundschulbereich kommen ja zu den Schulplätzen auch noch zusätzliche Plätze im Hort hinzu. Herr Pfitzenreiter betont, Räume fehlen dabei nicht so sehr wie Lehrer.

Herr Rülke fügt hinzu, für die Aufnahme der Kinder ist das LaSuB gemeinsam mit den Schulleitern verantwortlich und die Stadt Freital stellt als Schulträger die entsprechenden Räumlichkeiten. Aus dem Grund erreichen viele Informationen die Verwaltung gar nicht. Wird der Bedarf vom LaSuB der Verwaltung gegenüber gemeldet, wird nach entsprechenden Lösungen gesucht.

Herr Tschirner möchte wissen, wenn eine Person aus dem Ausland in Freital ankommt, wo sie sich zuerst melden muss.

Frau Bormann erläutert, es gibt Migranten, die mit einem bestimmten Visum, z. B. einem Arbeitsvisum einreisen und dann Menschen, die über Asyl nach Deutschland kommen, welche zuerst in einer Erstaufnahmeeinrichtung unterkommen, von wo sie dann den Landkreisen zugewiesen werden. Danach bekommen die Integrationskoordinatorinnen eine Information vom Landkreis und es kann mit der Flüchtlingssozialarbeit begonnen und erste Termine vereinbart werden. Wenn EU-Bürger einreisen, haben sie meist bereits einen Arbeitsvertrag, mieten sich eine Wohnung, wovon man nichts mitbekommt. Auch wenn sie sich auf dem Einwohnermeldeamt anmelden, erfolgt aufgrund des Datenschutzes keine Information an die Integrationskoordinatorinnen.

Frau Jurk erläutert das Verfahren bei ukrainischen Flüchtlingen und bemerkt, sie wird auch nur darüber informiert, wenn sie über Chemnitz dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zugewiesen wurden. Sollten sie privat einreisen, bekommt Frau Jurk davon keine Kenntnis.

Da es keine weiteren Fragen an Frau Bormann und Frau Jurk gibt, bedankt sich Herr Pfitzenreiter bei den beiden und verabschiedet sie. Sie verlassen den Saal.

Tagesordnungspunkt 6

Vorstellung des Quartiersmanagers Potschappel und seiner Arbeit für das Fördergebiet „Freital - Urbanität am Fluss“
Gast: Herr Kießling

Herr Pfitzenreiter begrüßt Herrn Kießling und bittet ihn um seine Ausführungen.

Herr Kießling geht näher auf das Quartiersmanagement „Freital-Urbanität am Fluss“ sowie seine Vorstellungen zur Arbeit anhand einer Präsentation (V 2024/001) ein.

Frau Ebert wünscht Herrn Kießling viel Erfolg. Sie möchte wissen, ob er schon Vorstellungen hat, mit wem er zuerst zusammenarbeiten möchte.

Herr Kießling befindet sich gerade in der Kennenlernphase, aber das Koordinationsbüro sowie das Kulturhaus sind bereits auf ihn zugekommen. Er wird erst einmal an die Händlerschaft sowie Gewerbetreibenden herantreten, um sie als Akteure zu gewinnen.

Frau Kummer bemerkt, Herr Kießling sprach von einem Gremium, was aber keine Parallelstruktur zur bereits bestehenden Akteursrunde werden soll.

Herr Kießling achtet darauf keine Parallelstrukturen aufzubauen und auf bestehende Strukturen zurückzugreifen. Bezüglich des Gremiums bemerkt er, es wurde bereits im Vorfeld berufen und es entscheidet im Rahmen des Verfügungsfonds über eingereichte Initiativen.

Herr Pfitzenreiter erinnert daran, der Verfügungsfonds sowie die Zusammensetzung des Gremiums wurde bereits im Stadtrat beschlossen.

Frau Kummer bezieht sich auf die Aussage von Herr Kießling, messbare Prozesse im Quartier zu schaffen und möchte wissen, ob er schon eine Vorstellung hat, was für Kennzahlen und Kriterien dafür herangezogen werden sollen oder ob es sich erst im Laufe der Zeit ergibt.

Herr Kießling führt aus, es gibt verschiedene Dinge, die bezüglich einer Messbarkeit festgelegt werden wie beispielweise bei Veranstaltungen die Anzahl derer, die sie besucht haben oder die Anzahl derer, die sich für diese interessiert haben usw. Dies sind dann Zahlen, die in ein messbares Verfahren gesetzt werden können.

Frau Dr. Darmstadt fragt, wie er sich konkret die Arbeit mit der Akteursrunde vorstellt und wie eine Abstimmung bezüglich der Mittel, die über den Verfügungsfonds ausgehändigt werden und der Mittel, die im Rahmen der Vereinsförderung auf Antrag im Sozial- und Kulturausschuss verteilt werden, hinbekommen wird.

Herr Kießling erläutert, er wird sich beim Akteurstreffen am 23. Januar 2024, was in seinem Stadtteilbüro stattfinden wird, einen ersten Eindruck verschaffen, was funktionierende Prozesse sind und wie die Zusammenarbeit läuft. Bezüglich der Mittel des Verfügungsfonds bemerkt er, die Verteilung wird durch das Gremium gemacht.

Frau Schattanek ergänzt, der Verfügungsfonds ist ein Mittel der Städtebauförderung, wo unter anderem das Quartiersmanagement dazugehört. Das bedeutet, alles was über den Verfügungsfonds gefördert werden soll, muss sich den Gebietszielen unterordnen, also: liegt es im Fördergebiet und können die Gebietsziele entsprechend gestärkt werden, während sich die Anträge im Rahmen der Vereinsförderung an anderen Kriterien orientieren müssen. Frau Schattanek betont, es ist kein Wettbewerb zwischen den beiden Förderungen.

Herr Pfitzenreiter weist darauf hin, im Fördergebiet Deuben gibt es ebenfalls einen Verfügungsfonds und es ergänzt sich sehr gut mit der dort befindlichen Akteursrunde, so dass es zu keinen Überschneidungen oder ähnlichem kommt.

Herr Brandau begrüßt das Quartiersmanagement in Potschappel und wird es im Namen vom Kulturhaus unterstützen. Er wünscht Herrn Kießling viel Erfolg bei seiner Arbeit.

Da es keine weiteren Fragen an Herrn Kießling gibt, bedankt sich auch Herr Pfitzenreiter bei ihm und wünscht alles Gute und viel Erfolg für seine Arbeit. Er verabschiedet ihn.

Tagesordnungspunkt 7	B 2023/072
-----------------------------	-------------------

Bestellung Wirtschaftsprüfer für die Prüfung Jahresabschluss 2023 - Abwasserbetrieb
--

Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 4. Januar 2024

Seitens der Stadträte gibt es keinen Diskussionsbedarf. Somit folgt die Beschlussfassung der Beschlussvorlage.

Beschluss-Nr.: 003/2024

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestimmt die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Sitz in Dresden zum Prüfer des

Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Abwasserbetriebs der Stadt Freital zum 31. Dezember 2023.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 8	B 2023/073
Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Kommunalwahlen am 9. Juni 2024	

Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 4. Januar 2024

Herr Frost möchte wissen, ob es bei der Auflistung der Mitglieder eine Wertung gibt bzw. wie diese Auflistung zustande gekommen ist.

Herr Leuschner antwortet, dass es eine willkürliche Reihenfolge ist, die an keiner Stelle einen Einfluss hat. Alle Mitglieder sind gleichberechtigt.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Herr Pfitzenreiter bringt den Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung. Dazu gibt es ebenfalls keinen Diskussionsbedarf, somit folgt die Beschlussfassung zum Punkt eins des Beschlussvorschlages.

Beschluss-Nr.: 004/2024

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt den Vorsitzenden und vier Beisitzer in den Gemeindevwahlausschuss zu wählen. Für den Vorsitzenden und die Beisitzer ist jeweils ein Stellvertreter zu wählen.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Herr Pfitzenreiter bringt den Punkt zwei des Beschlussvorschlages zur Beschlussfassung.

Beschluss-Nr.: 005/2024

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital wählt die Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses entsprechend dem Wahlvorschlag in der Anlage mit Stand 10. Januar 2024.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	4

Tagesordnungspunkt 9**Anfragen der Stadträte**

Herr Weinholtz verliest eine Anfrage zur Schließung der Stadtverwaltung am 8. Januar 2024 aufgrund des bevorstehenden Generalstreiks.

Herr Pfitzenreiter führt aus, die Verwaltung hat Informationen bezüglich erheblicher Verkehrseinschränkungen sowie Protestaufkommen erhalten und weiterhin war nicht klar, ob auch die Deutsche Bahn streiken wird. Aufgrund dessen war nicht vorauszusehen, inwiefern an dem Montag genügend Mitarbeiter anwesend sein können, damit der Dienstbetrieb in den verschiedenen Bereichen aufrechterhalten werden kann. Gerade was das Einwohnermeldeamt betrifft hätte es sein können, der Besucherandrang ist besonders hoch und bei fehlenden Mitarbeitern ist dann die Arbeitsfähigkeit eingeschränkt, was nicht den Erwartungen und Anforderungen an einen guten Bürgerservice der Verwaltung entspricht. Herr Pfitzenreiter betont, die Mitarbeiter wurden nicht vom Dienst befreit und hatten weiterhin Arbeitspflicht. Man hat ihnen im Vorfeld aber die Möglichkeit gegeben, in Abstimmung mit ihrem Vorgesetzten, ob sie im Homeoffice arbeiten oder den Tag in Form von Urlaub oder Überstunden freinehmen. Von Seiten der Verwaltung ist dadurch kein Schaden entstanden. Weiterhin war er überrascht, in den sozialen Netzwerken lesen zu müssen, die Mitarbeiter der Verwaltung werden zum Demonstrieren geschickt und dürfen nicht arbeiten kommen. Herrn Pfitzenreiter ist bisher auch nichts bekannt, dass sich ein Bürger diesbezüglich negativ an die Verwaltung gewandt hat.

Herr Müller kann die Entscheidung der Verwaltung nachvollziehen und hat es in seinem Unternehmen ähnlich gehandhabt, in dem er es geschlossen hat und seinen Mitarbeitern freigestellt hat, ob sie sich an den Protesten beteiligen oder nicht, da es neben den Bauern mittlerweile auch die Unternehmen und Handwerksbetriebe betreffen.

Herr Frenzel informiert, mittlerweile ist die Bürgerbeteiligung bezüglich der 30er-Zone im Wohngebiet Raschelberg abgeschlossen und er bittet, darüber ausführlich im Technischen und Umweltausschuss zu sprechen bevor es zu einer Umsetzung kommt. Er fügt hinzu, ihm ist von einigen Bürgern bekannt, die 30er-Zone ist unstrittig, aber die geplante Einbahnstraßenregelung noch einmal besprochen werden muss.

Frau Schattanek erwidert, es wird nichts unmittelbar nach der Bürgerbeteiligung umgesetzt. Es sind ca. 60 Rückmeldungen eingegangen, die nunmehr ausgewertet und besprochen werden müssen, bevor etwas umgesetzt wird.

Herr Tschirner möchte wissen, ob es für die Fraktionen, Parteien, Vereine usw., die sich für die Kommunalwahl bewerben möchten ein Ausschreibungsverfahren gibt oder wie es nach der Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses weitergeht.

Herr Pfitzenreiter führt aus, die Wahl wird öffentlich bekanntgegeben, sodass alle informiert sind, was als nächster Schritt zu tun ist. Es gibt Gesetze und Verordnungen, nach denen dann eine Ausschreibung erfolgt. Die Wahlbekanntmachung erfolgt auch im Amtsblatt.

Herr Leuschner fügt hinzu, die Wahlbekanntmachung ist der entscheidende Start für alles Weitere, was dann folgt.

Frau Ebert berichtet, es gibt in Wurgwitz bereits seit ca. drei Jahren jeden Freitag vor den Adventswochenenden Adventsmusik, wo nebenher Spenden gesammelt werden. Im Jahr 2022 wurden die Spenden für das Kinderheim auf der Burgwartstraße gesammelt. Im Jahr 2023 wurden 600 Euro gesammelt, welche hälftig an den Schulförderverein nach Wurgwitz sowie an den Schulförderverein der Wilhelmine-Reichard-Schule gespendet wurden. Frau Ebert fragt, ob darüber im Amtsblatt berichtet sowie anderweitig bei Vereinen darauf aufmerksam gemacht werden könnte.

Herr Pfitzenreiter empfindet es als eine gute Sache und fügt hinzu, dass auch in Kindertageseinrichtungen oder Schulen wie beispielsweise in Pesterwitz solche Sammelaktionen durchgeführt werden. Es kann im Amtsblatt gern darüber berichtet werden.

Herr Schneider informiert, am 1. Januar 2024 haben sich in Pesterwitz Akteure zusammengefunden, um den Müll von Silvester zusammenzusammeln und zu entsorgen bzw. zentral, für die weitere Entsorgung abzulegen. Er könnte sich vorstellen, dass so etwas auch in anderen Stadtteilen durchgeführt wird.

Herr Brandau sorgt sich darum, dass es mit dem Haushalt nicht weitergeht. In den letzten Jahren hatte er den Eindruck, es konnte nicht schnell genug gehen den Haushalt zu verabschieden, was er auch immer nachvollziehen konnte, da es immer hieß, eine Verwaltung könne ohne einen Haushalt nicht vernünftig arbeiten. Nunmehr ist seit 60 Tagen bekannt, die Einnahmesituation stellt sich nicht mehr so dar, wie sie vorausgesehen bzw. sie sich gewünscht wurde. Ende letztes Jahres wurde von der Verwaltung erläutert, ca. 4 Mio. Euro fehlen, die eingeplant waren und auch auf der Ausgabeseite gibt es Probleme bei der Deckung der Summen. Herr Brandau stellt sich die Frage, auf was die Verwaltung nunmehr wartet.

Herr Pfitzenreiter führt aus, es wurde bereits dargelegt, dass die womöglich schnellen Lösungen aus Sicht der Verwaltung nicht die guten und richtigen Lösungen sind. Somit müssen Einzelfallentscheidungen getroffen werden, Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt und auf ihre Notwendigkeit untersucht werden. Schnelle Lösungen wären Steuererhöhungen oder pauschale Kürzungen, was aber von niemanden gewollt ist. Um alles noch einmal auf den Prüfstand zu stellen, benötigt die Verwaltung Zeit, zumal die Aufstellung eines Haushaltes sowieso immer eine lange Vorlaufzeit hat und vor der Sommerpause alles zusammengetragen wird und somit bereits ein Haushalt aufgestellt wurde, der nunmehr in einzelnen Positionen mit den Fachämtern nochmal überarbeitet werden muss.

Herr Brandau kann nachvollziehen, dass es mit viel Arbeit verbunden ist, verweist aber auf eine Aussage von ihm Anfang 2023, dass eine schwierige Zeit kommen wird.

Herr Gliemann kann nicht nachvollziehen, wieso Herr Brandau im öffentlichen Teil zum Thema Haushalt spricht, wobei am Anfang der Sitzung ein Antrag der FDP-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 11 (B 2023/062 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2024) in den öffentlichen Teil der Sitzung zu bringen, mehrheitlich abgelehnt wurde.

Herr Weichlein erwidert, Herr Brandau hat im Tagesordnungspunkt Anfragen der Stadträte eine normale Anfrage zur Thematik Haushalt gestellt, was auch sein Recht ist.

Herr Pfitzenreiter appelliert an einen respektvollen Umgang miteinander.

Es gibt keine weiteren Anfragen der Stadträte.

Somit beendet Herr Pfitzenreiter den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.